Politische Perspektiven und gemeinsame Verantwortung für die Sprachbildung

Im abschließenden Podiumsgespräch diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Praxis darüber, wie die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen künftig gestärkt werden kann und welche Verantwortung die verschiedenen Akteure dabei tragen.

Unter dem Titel **„Verantwortung gemeinsam tragen – Beste Bildung für die Jüngsten“** diskutierten die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Jasmina Holstert MdB, die Staatsrätin Bremens Jennifer Müller-Wilckens mit Katja Kipping vom Paritätischen Gesamtverband, Dr. Tobias Ernst als Vertreter der Stiftung Kinder forschen und Stefan Spieker von Fröbel.

Bremen setzt auf verbindliche Sprachstandserfassung und Förderung

Den Auftakt machte Jennifer Müller-Wilckens, Staatsrätin für Kinder und Bildung in Bremen. Sie erläuterte, dass Bremen bereits Sprachstandserhebungen durchführt und derzeit prüft, wie Instrumente wie „StaRs“ künftig stärker eingesetzt werden können. Gleichzeitig sollen Verfahren zur Sprachförderung weiterentwickelt und verbindlicher ausgestaltet werden.

Sie machte deutlich, dass Bremen in den vergangenen Jahren zunächst den massiven Ausbau der Betreuungsplätze bewältigen musste. Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen sei die Nachfrage nach Kitaplätzen enorm gewesen. Nun eröffne der demografische Wandel neue Spielräume, um den Fokus stärker auf Qualität und gezielte Förderung zu richten.

Müller-Wilckens betonte, dass zusätzliche finanzielle Mittel allein nicht ausreichen. Entscheidend sei die Frage, wie sich an eine Sprachstandserhebung konkrete Fördermaßnahmen anschließen und wie sich die Qualität der pädagogischen Arbeit nachhaltig verbessern lasse. Sie sieht auch ein Betreuung Schlüssel von 1/10 in der Krippe und 1/20 als nicht besonders problematisch an, sondern auch machbar für andere Länder.

Fachkräftemangel bleibt größte Herausforderung

Im weiteren Verlauf wurde deutlich, dass viele Probleme der frühkindlichen Bildung eng mit dem Fachkräftemangel zusammenhängen. Vertreterinnen und Vertreter der Praxis berichteten, dass gute Sprachförderung häufig bereits an fehlenden personellen Ressourcen scheitere.

Aus Sicht vieler Träger sei nicht die Frage entscheidend, ob Sprachstandserhebungen durchgeführt werden, sondern ob anschließend genügend Fachkräfte vorhanden sind, um Kinder individuell unterstützen zu können.

Einigkeit bestand darüber, dass Diagnostik allein keine Probleme löst, sondern immer mit konkreter Förderung verbunden werden muss.

Sprachstandserhebungen sind kein Selbstzweck

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, welche Instrumente eingesetzt werden sollten und wo die Grenzen von Messungen liegen.

Hier wurde mehrfach betont, dass Sprachstandserhebungen keine Testkultur schaffen dürfen. Vielmehr sollen sie dazu dienen, Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen und Fachkräfte bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Entscheidend sei, dass die Verfahren kindgerecht, alltagsnah und möglichst stressfrei gestaltet werden.

Zugleich wurde davor gewarnt, politische Verantwortung auf diagnostische Instrumente zu verlagern. Sprachstandserhebungen können Probleme sichtbar machen, ersetzen aber nicht die notwendigen Investitionen in Personal, Qualifizierung und Bildungsqualität.

Eltern als Schlüssel zur Sprachentwicklung

Große Bedeutung wurde der Zusammenarbeit mit Familien beigemessen. Die Diskutierenden waren sich einig, dass Sprachbildung nicht ausschließlich in Kitas stattfinden kann.

Eltern spielen eine zentrale Rolle für die Sprachentwicklung ihrer Kinder. Deshalb müsse stärker darüber nachgedacht werden, wie Familien erreicht und unterstützt werden können. Besonders wichtig seien dabei kultursensible Ansätze, mehrsprachige Informationsangebote sowie niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Mehrfach wurde hervorgehoben, dass das Vorlesen in der Familiensprache einen wichtigen Beitrag zur Sprachentwicklung leistet. Kinder profitieren davon, wenn sie zunächst in ihrer Erstsprache eine sichere sprachliche Grundlage entwickeln.

Mehrsprachigkeit wurde ausdrücklich als Ressource und nicht als Defizit beschrieben.

Übergänge zwischen Kita und Schule verbessern

Ein weiterer Schwerpunkt war die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Mehrere Teilnehmende berichteten, dass der Übergang häufig noch zu wenig abgestimmt sei. Zwar gebe es vielerorts Entwicklungsberichte und Austauschformate, diese würden in der Praxis aber nicht immer wirksam genutzt.

Als vielversprechender Ansatz wurden sogenannte Bildungsverbünde vorgestellt, in denen Kitas und Grundschulen gemeinsam Standards entwickeln, Fortbildungen durchführen und den Übergang von Kindern systematisch begleiten.

Dabei wurde deutlich, dass es weniger auf identische Ausbildungswege von Erzieherinnen, Erziehern und Lehrkräften ankommt als auf gemeinsame Qualitätsvorstellungen, regelmäßige Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis.

Demografischer Wandel als Chance

Eine der zentralen Zukunftsfragen betraf den demografischen Rückgang der Kinderzahlen. Während dies in manchen Regionen bereits zu Schließungen von Einrichtungen führt, wurde auf dem Podium dafür geworben, die Entwicklung als Chance zu begreifen. Der Rückgang der Kinderzahl könnte genutzt werden, um Gruppen zu verkleinern, Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern und die Qualität der pädagogischen Arbeit zu erhöhen.

Mehrere Diskutierende warnten davor, freiwerdende Mittel ausschließlich für Sparmaßnahmen zu nutzen. Stattdessen müsse die Gelegenheit genutzt werden, die bestehenden Strukturen qualitativ weiterzuentwickeln und die Sprachförderung dauerhaft zu stärken.

Gemeinsame Verantwortung aller Akteure

Zum Abschluss wurde erneut betont, dass eine erfolgreiche Sprachbildungsstrategie nur gelingen kann, wenn alle Beteiligten gemeinsam handeln. Politik, Länder, Kommunen, Träger, Kitas, Schulen, Fachkräfte und Familien tragen jeweils einen Teil der Verantwortung. Kein Akteur könne die Herausforderungen allein lösen.

Die Teilnehmenden beschrieben ihre eigenen Beiträge zur Weiterentwicklung des Systems:

- Entwicklung neuer Fortbildungsangebote und Materialien
- Ausbau datenbasierter Qualitätsentwicklung
- Stärkere Vernetzung von Kitas und Schulen
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit Familien
- Politische Arbeit für bessere Rahmenbedingungen
- Nutzung digitaler Möglichkeiten für Dokumentation und Zusammenarbeit

Das Podium machte deutlich, dass die Herausforderungen der Sprachförderung bekannt sind und viele wirksame Ansätze bereits vorliegen. Die eigentliche Aufgabe besteht nun darin, diese Erkenntnisse konsequent umzusetzen.

Sprachbildung wurde dabei als gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung verstanden, die weit über die Kita hinausreicht.

Das zentrale Schlusswort der Diskussion lautete sinngemäß: **Nicht einzelne Maßnahmen werden den Unterschied machen, sondern das Zusammenspiel von guter Diagnostik, qualifizierten Fachkräften, wirksamer Förderung, engagierten Familien und verlässlichen politischen Rahmenbedingungen. Nur wenn alle Akteure gemeinsam handeln, können bessere Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder entstehen.**

Verfasst von Sascha Mößner, bevki-Sprecher und LKEBK-Vorstand